

Zweifel an Sicherheit

Kommission stellt Gefängnis-Bericht vor / SPD will Landesjustizvollzugsamt zurück

NRW • Rund drei Monate nach dem Ausbruch von zwei Gefangenen aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Aachen wirft die SPD der Landesregierung Versäumnisse in der Aufarbeitung der Ereignisse vor. „Trotz dieses Vorfalls hat sich nichts verändert“, kritisiert der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ralf Jäger.

Der SPD-Sicherheitsexperte bemängelt vor allem die mangelnde Kontrolle über die insgesamt 36 Gefängnisse in NRW. „Statt eine übergeordnete Instanz einzurichten, können sich die Haftanstalten weiterhin mehr oder weniger selbst überprüfen.“

Das NRW-Justizministerium weist solche Vorwürfe weit von sich. So gebe es einmal im Jahr eine angemeldete Visite. Dabei kontrollieren Ministeriumsmitarbeiter unter anderem das Personal sowie die Aufbau- und Ablauforganisation. Außerdem habe

eine im Januar gegründete Experten-Kommission ausgewählte Gefängnisse in NRW auf ihre Sicherheit hin untersucht. An Montag soll der Sicherheitsbericht der Kommission fertiggestellt sein. Am Mittwoch werden die Ergebnisse im Rechtsausschuss vorgestellt.

Anschließend sollen Empfehlungen an die Leiter der Haftanstalten herausgegeben werden.

Nach Angaben von Ministeriumssprecherin Andrea Bögge lag der Schwerpunkt der Untersuchung aufgrund der Beteiligung eines JVA-Bediensteten bei der Flucht in Aachen auf dem Bereich „soziale Sicherheit“. So sollen Auffälligkeiten sowohl bei JVA-Mitarbeitern als auch Inhaftierten zukünftig besser eingeschätzt werden können. „Ziel ist es, mögliche Ausbruchversuche zum Beispiel

durch Verhaltensänderungen einzelner Personen frühzeitig zu erkennen.“ Neben organisatorischen Abläufen wurde nach Angaben von Bögge aber auch die bauliche Sicherheit der Anstalten teilweise überprüft.

Nicht mehr als „heiße Luft“ erwartet Ralf Jäger von dem Sicherheitsbericht. „Es spricht doch schon Bände, dass die Kommissi-

„.....
Wir erwarten von dem Sicherheitsbericht nicht mehr als heiße Luft.
RALF JÄGER (SPD)
.....“

on nicht alle der insgesamt 36 Haftanstalten in NRW überprüft hat.“ Auch ein Treffen von Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) mit allen Leitern der Haftanstalten im Januar in Düsseldorf bezeichnet Jäger als „völlig überflüssig“. So sei bei diesem Gespräch „die Verantwortung lediglich auf die Anstalten übertragen“ worden. Ministeriumssprecherin Bögge bestätigt, dass

es damals keinerlei Erlasse für die Anstalten gegeben hat. Stattdessen sollten sich die Leiter damals „bewusst eigenständig mit der Situation auseinandersetzen“. Denn die Sicherheit muss am Ende „lokal feinjustiert werden.“ Außerdem habe es einen Appell an die JVA-Leiter gegeben, sich bezüglich Sicherheitsüberprüfungen kurzfristig und regelmäßig auszutauschen. „Wir gehen davon aus, dass solche Gespräche stattgefunden haben“, sagt Bögge.

Während sich das Justizministerium auf dem richtigen Weg sieht, fordert Jäger einen umfassenden Umbau der Strukturierung des Strafvollzugs. „Wir brauchen eine Aufsicht für die Gefängnisse“, sagt der SPD-Vize. Sein Ziel: Sollte die SPD nach den Landtagswahlen am 9. Mai wieder regieren, „werden wir das Anfang 2008 abgeschaffte Landesjustizvollzugsamt wieder einrichten.“ • obr

Gefängnisse in NRW

- Insgesamt gibt es 36 Gefängnisse in Nordrhein-Westfalen. Derzeit entstehen neue Anstalten in Düsseldorf und Wuppertal.
- Nach Angaben des Justizministeriums sitzen zurzeit rund 18000 Gefangene in

den Vollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen ein.

- Der bauliche Zustand der Justizvollzugsanstalten ist unterschiedlich: Erst vor wenigen Jahren wurde die JVA in Aachen errichtet. Andere Gefängnisse

stammen aus den 70er Jahren. Allerdings wurden viele der Haftgebäude bereits vor mehr als 100 Jahren gebaut, so etwa Bielefeld, Bochum oder Werl. Das Gefängnis in Münster wurde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet.